

Kreativer intellektueller Unsinn

Auf diese Arbeit hätten die Wildhüter im Berner Oberland gerne verzichtet. Sie mussten in einer raschen Aktion 18 Rehkitze erlegen, sonst wären diese qualvoll verendet. Was war passiert?

Im Rahmen einer Studie und einer Doktorandenarbeit der Universität Zürich wurden im Frühsommer ungefähr 30 junge Rehe mit sogenannten Halsbandsendern ausgestattet. Damit sollte herausgefunden werden, wie viele dieser Tiere den Luchsen als Beute zum Opfer fielen.

Im Laufe des Sommers stellte sich dann heraus, dass sich die Halsbänder dem Wachstum der Rehkitze nicht anpassten. Den Tieren drohte also ein qualvoller Erstickungstod. In dieser Situation sahen die Projektverantwortlichen keinen anderen Ausweg, als die leidenden Tiere zu töten. Insgesamt 18 Rehe wurden mit einem gezielten Schuss erlegt. Was mit den anderen passiert ist, weiss man scheinbar nicht.

Sowohl in der Session des Nationalrates wie auch im Berner Grossen Rat gibt die Sache zu reden. In der Fragestunde des Nationalrates konnte man vernehmen, dass sich das Bundesamt für Umwelt (BafU) bis anhin mit Fr. 477'000.- an besagtem Forschungsprojekt beteiligt hat. Auf weitergehende Anfragen geben sich die Verantwortlichen eher bedeckt; die Frage nach einer Strafanzeige wegen Tierquälerei konnte (oder wollte) nicht konkret beantwortet werden. Deshalb sind am Schluss der Session Vorstösse eingereicht worden, welche Auskunft zur Studie und zum fehlerhaften Material verlangen.

Die ganze Geschichte wirft grundsätzliche Fragen zur Forschungspolitik der Universitäten und des Bundes auf. Bekanntlich unterstützt der Bund die Forschung jährlich mit fast 2'000 Millionen Franken.

Wie das dargestellte Beispiel zeigt, wird mit den Geldern manchmal auch Forschung um der Forschung willen betrieben. Wenn es darum geht, von der öffentlichen Hand Forschungsgelder zu bekommen, handeln selbst intelligente Universitätsprofessoren kreativ, um nicht zu sagen, unsinnig. Anders als kreativen intellektuellen Unsinn kann man das besagte Rehkitz-Projekt mit dem besten Willen nicht bezeichnen. Da waren mehr Dilettanten als Wissenschaftler am Werk.

Die Politik ist gut beraten, den Forschungsmanagern in Zukunft besser auf die Finger zu schauen. Denn auch Forschungsgeld ist Steuergeld. Besonders in einer Zeit, wo die Politik wehrweist, wie zum Beispiel unsere Sozialwerke finanziert werden sollen oder wie die Verkehrsinfrastruktur in Zukunft zu bezahlen sei.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos